

Mehr zahlen: Wochenmärkte + 30%

Die Standgebühr auf den Wochenmärkten will die Stadtvertretung um 30% erhöhen von 0,5 Euro auf 0,65 Euro pro m². Auf Jahrmärkten steigt die Gebühr für Karussells „nur“ um 20%, für Buden jedoch gleich um 60%. Auf dem Kunsthandwerkermarkt sollen statt 20,- pro Stand 40,- Euro verlangt werden (+100%), pro Stand mit Hütte 90,- statt bislang 50,- Euro (+80 %). Auf dem Adventsmarkt werden die Gebühren pro Stand mit Hütte von 50,- auf 70,- Euro erhöht (+40%). Im Hauptausschuss lehnte nur die BALL diese Standgelderhöhungen ab. „Die Finanznot der Stadt wird durch diese drastischen Erhöhungen nicht behoben,“ Fortsetzung unten links

Mehr zahlen: Kindergarten gebühren + 2%

Der Elternbeitrag für einen Ganztagsplatz soll zum 1.8. um 4,- Euro auf 293, Euro steigen, für einen Halbtagsplatz um 2,- Euro auf 146,50 Euro. Ein Ganztagskrippenplatz soll 6,- Euro teurer werden und dann 440,- Euro im Monat kosten, die Halbtagsbetreuung 220,- Euro bzw. 3,- Euro mehr. Diese Erhöhungen beschlossen FWB, CDU und SPD im Sozialausschuss am 21.5., die beiden BALL-Vertreter sowie ein CDU-Stadtvertreter stimmten dagegen. „Die Kindergartenbeiträge liegen in Barmstedt weiterhin über dem Kreisdurchschnitt, obwohl das Einkommensniveau in Barmstedt insgesamt deutlich niedriger ist. Es wäre erst einmal eine Senkung der Beiträge angebracht. Darüber hinaus fordern wir weiterhin die Beitragsbefreiung für Kinder aus Arbeitslosengeld-II-Haushalten, und selbstverständlich muss es Ziel sein für alle Kinder eine kostenlose Früherziehung in Krippe und Kindergarten zu erreichen. Doch während gerade das gebührenfreie dritte Kindergartenjahr wieder abgeschafft wurde und jetzt über die eventuelle Wiedereinführung diskutiert wird, sollen jetzt die Elternbeiträge weiter steigen. Das ist absurd, und die BALL lehnt dies ab.“ – so BALL-Stadtvertreter Helmut Welk.

Verkehrsbelastung hat kontinuierlich zugenommen: Maßnahmen dringend erforderlich!

Seit 2009 liegt der Stadtvertretung der von einem Ingenieurbüro aus Hannover erstellter Verkehrsentwicklungsplan vor. Die hierfür durchgeführten Verkehrszählungen haben ergeben, was viele Barmstedter seit langem erleben. Die Verkehrsbelastungen insgesamt und vor allem der LKW-Verkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Dies führte in dichtbefahrenen Straßen zu gefährlichen Situationen für Schulkinder und ältere Menschen, aber auch zu mehr Lärm- und Umweltbelastungen z.B. durch Abgase und Dieselruß.

Folgende Beispiele zeigen, verkehrspolitische Entscheidungen und besonders die Erweiterung der Meierei/Käsefabrik haben für einen Anstieg der Verkehrsdichte gesorgt:

- In der Feldstraße stieg das Verkehrsaufkommen in den letzten zwanzig Jahren von 1110 auf fast 5000 KFZ-Bewegungen am Tag.
- An der Kreuzung Feldstraße, Schulstraße und Reichenstraße gab es eine Steigerung von 3640 auf über 6000 KFZ-Bewegungen.
- In der Mühlenstraße stieg die Verkehrsdichte von 4000 auf ca. 6000 KFZ-Bewegungen.
- In der Kl. Gärtnerstraße erhöhte sich das Verkehrsaufkommen von 1500 auf ca. 3600 KFZ-Bewegungen.
- Im Mühlenweg / Spitzerfurth gab es eine Steigerung von 2900 auf über 9000 KFZ-Bewegungen.

Spitzerfurth

Mit einer Anfrage sorgte Günter Beling auf der Stadtvertretersitzung im Juni 2001 für Diskussionsstoff. „Vor dreieinhalb Monaten ist ein Schulkind Opfer der Verkehrssituation am Spitzerfurth geworden. Seitdem hat sich nichts geändert,“ stellte damals der Elternvertreter fest. Er wollte von den Stadtvertretern erfahren, ob und wann mit einer Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich der Schulwegsquerung am Spitzerfurth zu rechnen sei. Die Eltern forderten eine Tempo-30-Zone einzurichten. Nach wochenlangem „Tauziehen“ wurde den Schülern und Eltern mitgeteilt, dass an dieser „übergeordneten“ Straße keine Tempo-30-Zone gewollt sei. Allerdings war man bereit, die Grünphase der Bedarfsampel um zwei Sekunden zu verlängern. Seit dem läuft die Auseinandersetzung um diese längst überfällige Schulwegsicherung. Hunderte von Unterschriften wurden bisher gesammelt, aber die zuständigen Verwaltungen sind zu keiner weiteren Geschwindigkeitsreduzierung bereit.

Königstraße
Die Anwohner der Königstraße haben auch „die Nase voll“. Mit einer Unterschriftensammlung fordern sie eine Tempo-30-Zone und ein Durchfahrverbot für Meierei-LKWs. Die Betroffenen wurden bisher hingehalten. Erst mussten noch weitere Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt und ausgewertet werden, dann sollen wohl die Anwohner an

Barmstedter Zeitung / vom 12.5.2012

Sie haben Angst um ihre Kinder

Anwohner fordern eine Bedarfsampel an der Kleinen Gärtnerstraße / Land: Zu wenig Verkehr / Polizei: Kein Unfallschwerpunkt

BARMSTEDT Anja Halder und Jan Altendorf haben Angst um ihren Sohn. Der Sechsjährige wird im August eingeschult. Er wird dann jeden Tag den Weg von seinem Zuhause an der Großen Gärtnerstraße zur Grundschule an der Schulstraße zurücklegen müssen, einmal quer durch die Stadt. Auf dem langen Weg gäbe es „einige gefährliche Ecken“, sagen seine Eltern. Am schlimmsten sei die Kreuzung Große/Kleine Gärtnerstraße. „Die ist extrem schlecht einsehbar, und es fahren dort ziemlich viele große, schwere Lkw durch“, sagt Halder.

Nicht nur Halder und Altendorf sind besorgt. Allein zum kurzfristig anberaumten Fototermin erschienen etwa 40 Anwohner. „Es betrifft ja auch die vielen anderen Familien mit Kindern aus unserer Nachbarschaft, die viele die zur

zum Sportplatz an der Düsterohe wollen“, sagt Halder. Die Waldgruppe des Kindergartens Rasselbande müsse in Höhe Auf der Ohe maximal pro Tag

Eine Mutter (34) Düsterohe erzählt, sie quere die Kleine Gärtnerstraße mit ihrer Tochter in Höhe Auf der Ohe man wenigstens freier

Die Kreuzung Kleine/Große Gärtnerstraße sei extrem sch

einem Runden Tisch von der Rücknahme ihrer Forderungen überzeugt werden.

Kleiner Markt /Kuhberg

Durch den Umbau des Kleinen Markt hat sich dort die Situation für Fußgänger und Fahrradfahrer erheblich verschlechtert. Der Wegfall des Fußgängerüberweges und die rustikale Pflasterung machen es für ältere Menschen mit Gehhilfen besonders schwierig die Straße zu queren. Der Bau der Anlieferstraßen zum SKY- und KIK-Markt haben die KFZ-Belastung weiter erhöht.

Meierei / Käsefabrik

Obwohl die enormen Belastungen vorhersehbar waren, hat die große Mehrheit der Stadtvertreter im Jahre 2001 gegen die Stimmen der BALL-Fraktion das Verlangen der Meiereigeschäftsleitung zum Bau der Käsefabrik

durchgesetzt. Zum Schwerlastverkehr heißt es im Bebauungsplan: „Das Verkehrsaufkommen kann auf dem vorhandenen Straßennetz abgewickelt werden. Im Endausbau (der Meierei/Käsefabrik) ist (nur) mit einer Spitzenbelastung von max. 130 LKW/Tag (durch An- und Abfahrten 260 Fahrzeugbewegungen) zu rechnen“. Der Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahre 2009 zeigt aber, dass sich der LKW-Verkehr mittlerweile verdoppelt hat. In der Zeit zwischen 6:00 bis 22:00 Uhr sind die Anwohner diesen Belastungen ausgesetzt, und das an sieben Tagen in der Woche.

Kleine Gärtnerstraße

Obwohl von den Schülern in dem jährlich stattfindenden Kinder- und Jugendforum die Einrichtung von sicheren Fußgängerüberwegen gefordert wurde, sind die

zuständigen Behörden sowie die Stadtvertretung und -verwaltung nicht bereit dem nachzukommen. Die Anwohner der Großen und Kleinen Gärtnerstraße wollen sich mit der dramatischen Verkehrssituation nicht mehr abfinden und haben mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion endlich einen sicheren Schulweg mit einer Bedarfsampel in der Kleinen Gärtnerstraße gefordert.

Die BALL-Fraktion unterstützt die Betroffenen und fordert, dass endlich Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsbelastungen sowie kurzfristig mehr für die Schulwegsicherung und die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern vorgenommen werden.

Es muss was passieren, und zwar schnell!

51 Kinder warten auf Kindergartenplatz

Aktuell warten 19 Kinder auf einen Kindergarten- oder Krippenplatz. Für das im August anlaufende Kindergartenjahr 2012/2013 stehen 51 Kinder auf der Warteliste für einen Kindergartenplatz – dies ist unglaublich. 25 Kinder stehen auf der Warteliste für einen Krippenplatz.

Es ist bemerkenswert, wie sich die Stadt mit dieser seit längerem absehbaren Entwicklung auseinandersetzt: aussitzen, ignorieren, nichts tun. Statt voraus-



schauend so viele Plätze abzuschern, dass vielleicht mal in der einen oder anderen Gruppe Plät-

ze zeitweilig frei sind, lässt die Stadt lieber die Eltern die Folgen planerischer Blindheit ausbaden:

das ist zudem billiger – „Sparen“ zu Lasten der Kinder. Mal so ganz nebenbei: Die ALDI-Investoren hätten für den ehemaligen städtischen Parkplatz gut und gerne eine halbe Million Euro mehr zahlen müssen, wenn die Stadtvertretung entsprechend hart verhandelt hätte – das wären die Investitionskosten für drei Kindergartengruppen.

Die BALL fordert, dass die Stadt unverzüglich ernsthaft mit den Kindergartenträgern über die Einrichtung neuer Plätze ver-

handelt, um allen einen Kindergarten- oder Krippenplatz vorzuhalten. Gegebenenfalls muss nach einem weiteren Träger Ausschau gehalten werden bzw. ein solcher unter Beteiligung der Stadt gegründet werden. Es kann nicht sein, dass in Barmstedt Eltern ihren Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bzw. – ab 1.7.2013 – auf einen Platz für unter Dreijährige nicht realisieren können. Darüber hinaus müssen schnellstens Übergangslösungen gefunden werden.



aber das Angebot auf dem Wochenmarkt oder der Schlossinsel wird mit Sicherheit nicht gefördert. Es wird das Geld bei den kleinen Gewerbetreibenden eingetrieben, weil CDU, FDP, SPD und Grüne nicht an die großen Vermögen und Millioneneinkommen herangehen. Die BALL lässt sich dafür nicht mißbrauchen.“, so BALL-Fraktionsprecher Dr. Günter Thiel.

Alternativen zur Sohlgleitenplanung müssen diskutiert werden:

Keine Bebauung am Seerand!

Die BALL-Fraktion hält eine Sohlgleite bzw. Fischtreppe, die den EU-Richtlinien entspricht, für erforderlich. Diese hat zum Ziel, die Wasserqualität der Krückau zu verbessern. Eine von vielen Maßnahmen ist die Wiederherstellung der Durchlässigkeit für „aquatische Tiere“. Die vorliegende Machbarkeitsstudie jedoch legt keinen akzeptablen Entwurf vor, insbesondere weil ganz zentrale Fragen nicht behandelt wurden. Eine Fischaufstiegshilfe muss nach Auffassung der BALL-Fraktion ohne Bebauung des Seerandbereichs (Lill'scher Hügel) am See erfolgen. Diese Fläche ist vielmehr mittelfristig in ökologisch sinnvoller Weise in eine Naherholungskonzeption zu integrieren.

Im Detail kritisiert die BALL-Fraktion, dass das vorgeschlagene Modell mit 1.5 Mio. Euro (oder mehr) Baukosten plus Grunderwerbskosten von 1.2 Mio. Euro erheblich zu teuer ist, auch wenn der Stadtanteil nur bei geschätzt ca. 200.000.- Euro (10 % der förderungsfähigen Kosten) liegen würde. Im bundesweiten Vergleich mit ca. 300 bereits erstellten Sohlgleiten kosteten 2/3 sehr viel weniger, die teuersten lagen bei rd. 400.000.- Euro. Es muss von der einfachen Frage ausgegangen werden, wie viel Sohl-

gleiten benötigt ein Umgehungsgerinne (wie jetzt in Barmstedt geplant), um die Durchlässigkeit zu gewährleisten? Eine derart



lange Strecke wie für Barmstedt geplant, die zudem nahezu nicht mäandriert, ist wohl nicht erforderlich. Der Entwurf orientiert sich offensichtlich mehr an den Bebauungsüberlegungen des Lill'schen Hügels als an den eigentlichen Erfordernissen für eine Fischaufstiegshilfe. Die BALL-Fraktion hält die Auseinandersetzung mit dem ursprünglichen Fischtreppe-entwurf, der für teures Geld erstellt wurde und bei dem der Stadtanteil nur bei 50.000.- Euro lag, für notwendig bzw. die Erstellung von Alternativplanungen. Die Diskussion über Alternativen muss öf-

fentlich und transparent erfolgen. Es gibt keinen akuten Zeitdruck, da die EU-Richtlinie erst bis 2018 umgesetzt werden muss.

behalten bliebe, obwohl mit Millionenaufwand eine Sohlgleite zur Verbesserung der Wasserqualität erstellt würde. Deshalb gehört zum Gesamtkonzept, dass die Meierei ihr Brüdenwasser in die Schmutzwasserkanalisation einzuleiten hat, da es sich bekanntlich um „industrielles Abwasser“ handelt.

Auf der Bauausschusssitzung am 14. Mai lag ein Beschlussvorschlag vor, der die Verwaltung im „Blitzverfahren“ beauftragen sollte, das in der Machbarkeitsstudie beschriebene Sohlgleitenkonzept umzusetzen. Die Beschlussvorlage umfasste nicht einmal eine ganze Seite Papier, und auf dieser Bauausschusssitzung wurde überhaupt erstmals in einem Ausschuss öffentlich über das Thema diskutiert – alles etwas wenig, wenn ein Beschluss über gut 3 Mio. Euro gefasst werden soll. Die BALL-Fraktion bekräftigte ihre Kritik an der Machbarkeitsstudie und wiederholte ihre Forderung nach der Erarbeitung von Alternativen. Die Vertreter von CDU und SPD kritisierten ebenfalls den vor allem von der FWB ausgeübten Zeitdruck, obwohl viele Fragen noch ungeklärt sind. Im Endergebnis wurde die Beschlussvorlage gestoppt, und dann wird auf der nächsten Bauausschusssitzung weiter diskutiert.

Wasserqualität zweitrangig?

Vor allem aber kritisiert die BALL-Fraktion, dass zum eigentlich zentralen Thema der Wasserqualität erst später etwas gesagt werden soll. Es ist doch offensichtlich, dass die Einleitung von einigen Hunderttausend m³ Meierei-Brüdenwasser in die Krückau die Wasserqualität belastet und die in der Machbarkeitsstudie aufgeführten flussaufwärts schwimmenden Fluss- und Meerneunaugen empfindlich stört. Es wäre geradezu absurd, wenn diese Umweltverschmutzung bei-

Mehr zahlen:

Gaspreis steigt um + 6,5%

Zum 1. 8. 2012 sollen die Gaspreise um 5,4 bis 7,4% steigen, im Heizgasbereich bei 20.000 kWh um 6.5%. Auch die Stadtwerke sind dem undurchsichtigen Geschehen am Gasmarkt ausgeliefert. Die Preise beim Gaseinkauf sind für die Stadtwerke gestiegen. Um den angestrebten Jahresgewinn von rd. 669.000,- Euro nach Steuern an den Haushalt der Stadt abführen zu können, sollen die Einkaufspreissteigerungen jetzt weitgehend an die Endverbraucher weiter gegeben werden. Die Zeche zahlen die

Endverbraucher. Dazu die BALL: „Es ist absurd, dass der städtische Haushalt von den Gewinnablieferungen der Stadtwerke abhängig ist. Eigentlich sollte die Stadt vom Land und Bund so viele Steueranteile erhalten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Eigentlich sollten die Stadtwerke dazu da sein, um die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern (Wasser, Strom Gas) kostengünstig, stabil und ökologisch vernünftig zu versorgen und nicht um den Haushalt der Stadt zu retten.“ Die BALL-Fraktion lehnt die Preiserhöhung ab.

Trotz Repressionen und Verbote:

Demo gegen Bankenmacht

Gut 30.000 Menschen protestierten am 19.5. im Bankenzentrum Frankfurt am Main gegen den finanzpolitischen Terror, der u. a. von diesem Zentrum des Finanzkapitals auf die Menschen in Europa und der Welt ausgeht. Aufgerufen zu den Protestaktionen hatten attac, Occupy-Gruppen, die Linkspartei, die Jusos, gewerkschaftliche Gruppierungen sowie diverse kleinere linke und antikapitalistische Gruppen. Die europäischen Großbanken, allen voran die deutschen und französischen, lassen sich für 1 % Zinsen Milliarden von der Europäischen Zentralbank geben und zocken mit dem Geld weiter wie vor der Finanzkrise. Mit ihren perversen Spekulationen auf steigende Preise bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln – „finanzpolitische Massenvernichtungswaffen“ – tragen sie die Mitverantwortung für Tod, Hunger und Verarmung von Millionen Menschen. Die Banken kassieren horrende Zinsen für die Staatsanleihen wirtschaftlich schwächerer Länder – Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Italien –, und die Risiken tragen die Steuerzahler in Europa. Unverhohlen wird die Zerstörung ganzer Volkswirtschaften und die Verarmung großer Bevölkerungsteile Südeuropas bewusst von der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission in Kauf genommen.

Die Demonstrationen richteten sich auch gegen den großflächigen Angriff, der im Augenblick gegen die Demokratie selbst geführt wird. Es wird ein europäisches Direktorium über den nationalen Parlamenten installiert („ESM“). Der noch nicht verabschiedete „Fiskalpakt“ droht jedem EU-Staat automatisch mit dem Zwangsverwalter,

der im Wesentlichen die Einnahmen für die Banken eintreiben und die Kürzungsorgien in den einzelnen Ländern durchsetzen soll. Die in den Parlamenten gewählten Volksvertreter können nach Hause gehen, oder sie bilden die leere Hülse einer Scheindemokratie.

Ein anderes Lehrbeispiel: Während die gleichgerichteten Medien und die Krisenparteien von CDU bis Grünen jede Demonstration in fernen Ländern feiern – sofern sie Vorteile für die (militär)strategischen oder profitorientierten Interessen versprechen –, hatten sie gar keine Freude an den Demonstrationen gegen die Bankenmacht: die schwarz-grüne Stadtregierung (man beachte: die Grünen!) verbot nahezu alle Protestaktivitäten. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wurde mit den Füßen getreten, 1100 friedlicher Bürger wurden festgenommen genommen und z. T. in weit entfernte Orte deportiert. Untere Gerichte hoben teilweise die Verbotsverfügungen der schwarz-grünen Stadtregierung auf, die „Ordnungskräfte“ missachteten dies. Während jeder Nazi-Aufmarsch von großen Polizeikräften geschützt wird, angeblich um das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu schützen, wurden diese Rechte unterbunden, wenn es gegen das Herz des Finanzkapitals geht.

Bebauungsplan Nr. 60 (an der Krückau) wurde beschlossen:

Bauland für Gummistiefelträger?

In der Zukunft wird es noch häufiger zu Starkniederschlägen, Hagel und Überschwemmungen kommen, warnen Klimaforscher auf dem siebten Extremwetterkongress der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Anfang März 2012 in Hamburg. Auf dem Kongress berieten zahlreiche Experten einmal im Jahr über neue Erkenntnisse aus der Klima-, Unwetter- und Katastrophenforschung. Die Verbindung von Naturkatastrophen und Klimawandel ist dabei seit Jahren eines der Schwerpunktthemen.

Die Zahl verheerender Stürme, Regenfälle und anderer wetterbedingter Naturkatastrophen hat sich in Deutschland seit den 1970er Jahren mehr als verdreifacht – und wird auch in Zukunft zunehmen. Grund für die Erwärmung ist der Anstieg des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Der weltweite Ausstoß von Kohlendioxid sei seit 1990 um gut 40% gestiegen. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) geht davon aus, dass die Zahl heißer Tage, die Starkniederschläge und die Anzahl der Winterstürme um bis zu 50 Prozent zunehmen.

Überschwemmungen im Barmstedter Stadtbereich sind mittler-



weile auch ein jährlich wiederkehrendes Thema geworden. Bei Starkregen hieß es entlang der Krückau „Land unter“. Die Kleingartenanlage steht weitgehend unter Wasser und auch die Anwohner der „Lübbingschen Wiese“ am Wiesengrund haben die Krückau direkt an der Terrasse. Nicht viel besser sieht es an der Neubausiedlung Auwisch/Sielberg aus.

Kritische Stimmen in und außerhalb des Rathauses fordern deshalb seit Jahren, daß die Stadtvertretung auf weitere Bebauungen und Versiegelungen von möglichen Überschwemmungsflächen

verzichten sollen. Aber genau das Gegenteil passiert. Statt eine nachhaltige städtebauliche Planung umzusetzen, werden immer wieder einseitige Interessen von Investoren und Maklern befriedigt. An der Austraße/Schlickum wurden Baugrundstücke genehmigt, die in Wurfweite des Ufers der Krückau liegen. Der Neubau des Seniorenheims an der Marktstraße liegt zum Teil in dem jetzigen Überschwemmungsgebiet der Krückau. Das Seniorenheim konnte nicht unterkellert werden, und das Fundament musste mit hohem finanziellen Aufwand auf Grund der schlechten Bodenver-

hältnisse, die stadtbekannt waren, mit 240 dicken Betonpfählen abgestützt werden, die Baukosten stiegen in astronomische Höhen. Auch die genehmigte Bebauung der Auwisch in der Nähe der Aue (siehe unser Foto) ist für die Mehrheit in der Stadtvertretung kein Grund ihre Bebauungspolitik zu überdenken. Im Anschluss an diesen Bebauungsplan wurden auf der letzten Stadtvertreter-sitzung im April - in einem „beschleunigten“ Verfahren - weitere Baulandausweisungen an der Krückau vorgenommen. Nur die BALL-Fraktion stimmte dagegen.

Die neue Internetadresse der Barmstedter Linken Liste: www.ball-barmstedt.jimdo.com